Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 6: "Unrast"

Artikel: Der Aufstand der Studenten : Brennpunkt Frankreich
Autor: Chamant, Jean de
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162137

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Aufstand der Studenten: Brennpunkt Frankreich

JEAN DE SAINT-CHAMANT

Erste Zeichen

Im Frühling 1968 hielt Jean Rey, der Hallstein als Präsident der europäischen Wirtschaftskommission abgelöst hatte, in der Sorbonne einen Vortrag, welcher eine ausgezeichnete Aufnahme fand. Die Zuhörer — fast ausschliesslich Studenten — bereiteten ihm einen begeisterten Empfang. Als jedoch nur wenige Tage später 2000 Studenten — vielleicht dieselben — im Quartier Latin eine Kundgebung durchführten, griff eine Polizeibrigade hart durch und löste die Kundgebung gewaltsam auf. Die Lage spitzte sich zu, als eine Gruppe von Burschen und Mädchen den Weg zum Erziehungsministerium einschlugen, entschlossen, dort ihre Forderungen vorzubringen. Ein formelles Polizeiverbot brachte den Zug zum Stehen. Die Demonstranten zerstreuten sich schliesslich verärgert und im Gefühl einer bitteren Kränkung.

Wenn man um die gegenwärtige Enttäuschung und Verbitterung der Jugend weiss, so empfindet man für ihre äusserst heftigen Reaktionen mehr Verständnis. Wenn diese zuweilen in den grossen Universitätsstädten den Charakter von Aufständen angenommen haben, so liegt der Grund dafür vor allem in der Entmutigung der Studenten und Studentinnen angesichts einer ungewissen Zukunft. Die Schulen sind überfüllt, die meisten Studenten finden keine Gelegenheit, ihre Schwierigkeiten den Lehrern darzulegen und bei diesen Rat zu holen, und werden so in ihre Einsamkeit zurückgeworfen. Viele, die keine Hoffnung mehr sehen, verfallen einer trüben Resignation, bis eines Tages die ganze Jugend rebelliert, so wie sie es in Rom, Madrid, Prag und Warschau getan hat.

Das Ziel dieser Aufstände scheint in allen Ländern Europas dasselbe zu sein. In Frankreich protestieren die Studenten vor allem gegen die Reglemente, die das Leben in den Cités Universitaires bestimmen. Sie würden, so behaupten sie, durch administrative Verbote schikaniert, die in ihrem Alter nicht mehr angebracht seien und die ihr Selbstgefühl verletzten. So besetzten die Pariser Studenten in der Cité Universitaire am Boulevard Jourdan ohne jede Hemmung ein Studentinnenheim, um ihr Missfallen über die Weisungen des Rektors zu bekunden. Die Hochschulbehörden hielten eine sofortige

Intervention nicht für ratsam, mit Ausnahme von Nizza und Montpellier, wo der Dekan die Polizei herbeirief, was keineswegs zur Entspannung der Lage beitrug.

Schliesslich legte der Erziehungsminister, Alain Peyrefitte, ein Kompromissprojekt für ein neues Reglement vor. Er zeigte sich als ein Mann guten Willens, der einen Kompromiss anstrebte. Doch der nationale Studentenverband (UNEF) wies das Projekt entrüstet zurück und bezeichnete es als illoyal. Das Rundschreiben betreffend das interne Reglement der Cités gestattet zwar Studenten ab 21 Jahren, in ihren Zimmern bis 23 Uhr Besuch von Studentinnen zu empfangen, nicht aber umgekehrt, denn, meint das Rundschreiben, «die Risiken sind nicht die gleichen». Diese als lächerlich empfundene Einschränkung gab in der Cité sogleich zu lebhaften Diskussionen Anlass, die auch nach zusätzlichen Erläuterungen des Dekans nicht aufhörten.

In der Tat handelte es sich hier keineswegs um eine blosse Disziplinfrage. Zurecht oder zu unrecht fühlten sich die Studenten verletzt und warfen der Universitätsverwaltung vor, dass sie die menschliche Bedeutung der studentischen Anliegen nicht begreife. Was sie vor allem forderten, das war die Anerkennung ihrer Rechte als freie Menschen. Gemeint war damit die Freiheit, die jedem Staatsbürger vom 21. Lebensjahr an zusteht. Nun begann in der Cité am Boulevard Jourdan ein seltsames Schauspiel: Auf den grünen Rasenflächen, vor den verschlossenen Toren der Universitätsgebäude, sassen Gruppen von Studenten und Studentinnen. Da ihnen der Zutritt zu den Hörsälen verweigert wurde, diskutierten sie im Freien. Alle nahmen an diesen politischen Picknicks teil und bewahrten dabei bis zum Schluss eine untadelige Haltung. Abends, nachdem die Agitation ein Ende genommen hatte, verkündete Minister Peyrefitte am Radio, dass er eine gerechte, alle Teile zufriedenstellende Lösung von künftigen Gesprächen erwarte. Aber war ein Dialog noch möglich? Man konnte es nur hoffen.

Die Universität Nanterre, die vor vier Jahren mit grossen Pomp eingeweiht worden war, hätte ein Experimentierfeld für einen erneuerten Unterricht werden sollen. Namhafte Dozenten stellten sogar den Antrag, von der Sorbonne nach Nanterre zu ziehen, um dort an den Reformexperimenten teilzunehmen. Viele, die sich davon Wunder versprachen, sind heute enttäuscht. Warum? Die Fakultät von Nanterre ist dem Ansturm der Studierenden nicht gewachsen: waren es im Jahr 1964 noch 2300, so muss heute die Fakultät deren 13000 aufnehmen. Infolge des Mangels an Hörsälen, an Räumen für die praktischen Arbeiten und an Professoren begann das Universitätsjahr unter ungünstigen Vorzeichen. Mehrere Vorlesungen mussten aus dem Programm gestrichen werden. Im November brach ein Streik aus, dem sich mehrere Professoren anschlossen. Eine weitere Belastung entstand durch das sehr aggressive Vorgehen des kommunistischen

Studentenverbandes, der wie üblich von Paris aus ferngesteuert wurde. Es wurde mit dem Schlagwort von der «Untätigkeit der Universität» operiert, der die Studenten vorwarfen, im Bund mit den kapitalistischen Kräften zu stehen und folglich die Reaktion zu fördern. Man muss sich fragen, ob es wirklich nötig ist, solchen Extremen anzuhangen und einen erbarmungslosen Klassenkampf zu proklamieren, um sich in der studentischen Bewegung à jour zu zeigen. Besonders unduldsam und virulent waren die Soziologiestudenten, die sich grösstenteils aus Trotzkisten rekrutieren. Sie trieben die studentischen Proteste in Nanterre — dem «Grab ihrer Illusionen», wie sie sich zu äussern pflegen — ständig auf die Spitze.

Zusammenprall der politischen Ideologien

Inzwischen war in den Strassen von Nantes die rote Fahne aufgetaucht — zum erstenmal in Frankreich seit dem spanischen Bürgerkrieg: Damals war sie das Emblem der Anarcho-Syndikalisten von Barcelona. Um diese Fahne geschart und die Internationale singend, zogen am 14. Februar die Manifestanten durch die Strassen der Stadt. Nach einem Handgemenge zwischen verfeindeten ideologischen Gruppen — Marxisten-Leninisten, Maoisten und Anhängern Che Guevaras — nahm die Polizei auf Anordnung des Präfekten des Departements Loire Atlantique mehrere Verhaftungen vor. Der extremistische Ausbruch spiegelte jedoch nicht die Haltung der Mehrheit wider, sondern vielmehr jene einiger deutlich unterschiedener, durch rivalisierende Ideologien tief entzweiter Gruppierungen.

Trotz diesen Divergenzen, die man in den meisten Fakultäten beobachten konnte, waren sich die Studenten jedoch einig in der Verwerfung der angekündigten Reform, die sie als reaktionär betrachteten. In der Tat bleibt diese Reform, die von Fouchet ausgearbeitet und von dem unterdessen als Erziehungsminister zurückgetretenen Alain Peyrefitte überarbeitet worden war, in den neuralgischen Punkten verschwommen und vermochte keine Seite zufriedenzustellen. Der Präsident der UEC warf ihr vor, sie sei dazu bestimmt, die unbemittelten Studenten zu eliminieren, indem sie deren Wohnrecht in den Cités Universitaires auf drei Jahre befriste. «Was wir wollen», erklärte er, «ist eine radikale Umwandlung der Universität im Sinne nicht nur einer Demokratisierung, sondern einer Sozialisierung. Unser Ziel besteht darin, auf dem Weg über die Infragestellung der Universität *die ökonomische und politische Struktur der Gesellschaft umzuwandeln.*»

Nach Ansicht der radikalen Revolutionäre sollte also die Universität nicht mehr die privilegierte Stätte sein, an der das kulturelle Erbe der Nation tradiert wird, sondern eine Art «Produktionsstätte menschlichen Wissens».

Ähnlich wie die Fabrik soll sie nach marxistischer Auffassung ein Faktor der gesellschaftlichen Evolution werden, an welcher der Student unmittelbar beteiligt ist. Solche Gedankengänge wurden vor allem von Studenten vertreten, die dem Gedankengut Sartres nahestehen. Allerdings hat die unbedingte Solidarität Sartres mit der Kommunistischen Partei zur Folge, dass seine Werke, wenn sie auch weiterhin eifrig gelesen und diskutiert werden, dennoch einen Teil ihrer Anhängerschaft eingebüsst haben. Ein neuer Stern am philosophischen Himmel, Claude Tresmontant, macht Sartre an der Sorbonne mit einer eindeutig spiritualistischen Lehre ernsthafte Konkurrenz. Es hält schwer, die — übrigens fluktuierende — Zahl der militanten Extremisten abzuschätzen. Alles, was sich sagen lässt, ist, dass sie ständig zunimmt.

Unter den prominenten Geistern, die sich der Gunst der Jugend erfreuen, wäre allen voran Herbert Marcuse zu nennen, dessen Einfluss gegenwärtig vorherrschend ist. Mehr als alle andern hat dieser deutsch-amerikanische Philosoph zur Entstehung eines Zustandes sozusagen permanenter Revolution an sämtlichen europäischen Hochschulen beigetragen. Gleichzeitig aber wird er nicht müde, den Materialismus unserer modernen Welt anzuprangern und den Rationalismus, der sie prägt, als ihre eigentliche Schwäche aufzuweisen. Gewiss, dem einzelnen stehen mehr und mehr materielle Güter zur Verfügung: Automobile, immer vollkommenere Rasenmäher, atomsichere und mit allen erdenklichen Schikanen ausgerüstete Luftschutzkeller — aber führt dies alles nicht letztlich zur Absurdität? Es scheint, dass Marcuse, dessen Gedankenwelt von Hegel und Marx geprägt ist, in der Revolution ein Mittel sieht, um zur wahren Vernunft zu gelangen, jener, die ihre Wurzeln im Leben hat und die allein, wie er sagt, diese Welt bewohnbar macht. Es versteht sich von selbst, dass eine solche Lehre, indem sie «die Illusionen des zufriedenen Bewusstseins auflöst», ihre Leser dazu führt, alle Hoffnungen auf revolutionäre Abenteuer zu setzen. Seltsamerweise gilt Marcuse, den Moskau als Handlanger der bourgeoisen Reaktion brandmarkt, auch in den Vereinigten Staaten als suspekt: Nur mit knapper Mühe konnten seine Werke der Zensur Washingtons entgehen. Aus der Überzeugung, dass unsere westliche Gesellschaft, Proletariat inbegriffen, in ihrer Gesamtheit am Verfaulen ist, folgert er, dass sie sich nicht aus eigenen Kräften wird retten können und dass die Waffe unseres Heils — um es mit Pierre Trotignon, einem andern geistigen Führer der heutigen Jugend zu sagen — «nunmehr in Sinkiang geschmiedet wird».

Der virulente Anführer der Bewegung von Nanterre, Daniel Cohn-Bendit, hat die Revolte auf die Spitze getrieben und ihr den Stempel seiner eigenen Unerbittlichkeit aufgedrückt. Der dreiundzwanzig Jahre junge «Führer» ist deutschen Ursprungs, wohnt aber seit mehreren Jahren in Frankreich, wo er den Ruf eines unbestechlichen Revolutionärs erworben

hat. An der Spitze einer eisern entschlossenen Minderheitsgruppe mit vorwiegend maoistischer und guevaristischer Ausrichtung lief er gegen den Delegierten der kommunistischen Partei in Nanterre Sturm, prangerte ihn als Verräter an und zwang ihn zum Rückzug. Cohn-Bendit, der unterdessen vor den Untersuchungsrichter zitiert worden ist, scheint tatsächlich der Inspirator jener studentischen Agitation gewesen zu sein, die sich bis zur Philosophischen Fakultät der Universität Toulouse ausdehnte und schliesslich auf die Strassen der Stadt übergriff, wo die Polizei helmbewehrt eingreifen musste. Schon im Februar war Cohn-Bendit vor die Ausweisungskommission der Polizeipräfektur gerufen worden, doch zogen es die Verwaltungsbehörden damals vor, keine Massnahmen gegen ihn zu ergreifen, um nicht neue Zwischenfälle hervorzurufen.

Immerhin halten sich verschiedene studentische Gruppierungen, denen vor allem ihre Studien am Herzen liegen, entschlossen von jeder Politik fern. Beunruhigt durch die Wende, welche die Ereignisse genommen hatten, zwangen sie die UNEF, von ihrem Vorhaben eines Boykotts der kommenden Prüfungen abzusehen. Doch behält sich die UNEF vor, zu Beginn des neuen Studienjahres in allen Cités Universitaires die Agitation wieder aufzunehmen, um eine endgültige Reform der gegenwärtigen Reglemente zu erreichen.

Die trotzkistische Tendenz, deren Virulenz unter den Studenten an der Sorbonne bereits bekannt ist, setzte sich aber an der letzten Generalversammlung der UNEF gewaltsam durch und erzwang die Ausbootung des Vertreters des gemässigten Flügels. Der Präsident der UNEF wurde ultimativ aufgefordert, zu demissionieren, um den Weg für «die Bildung einer streng revolutionären Föderation» freizugeben, wie es im Schlusscommuniqué heisst. Dennoch sind viele der Meinung, es sei höchste Zeit, diesen extremistischen Umtrieben ein Ende zu setzen, sehen doch die meisten Studenten ihre Hauptaufgabe — vor jedem andern Engagement — darin, ihre Prüfungen vorzubereiten und zu bestehen. Es ist eine Tatsache, dass die Forderungen der Studenten sich im allgemeinen auf Fragen der internen Organisation und des Studienganges beschränken. Es wäre ungerecht, diese Jugend mit extremistischen Gruppierungen zu verwechseln, die von revolutionären Kommandos angeführt werden.

Während an der Sorbonne Versuche zur Brandstiftung erstickt wurden, verdoppelte das «Mouvement du 22 mars» unter der Leitung des berühmtberüchtigten Cohn-Bendit seine Anstrengungen, die Prüfungen in Nanterre zu verhindern. Die Bewegung, welche verschiedene extreme Linksgruppierungen, allerdings ohne orthodoxe Kommunisten, vereinigt, will in Nanterre die gleiche Freiheit der politischen Betätigung durchsetzen, wie sie an den übrigen Universitäten — sowohl in Paris wie in der Provinz — bereits besteht.

Dieser systematischen Politisierung und der Vermehrung der extremistischen Gruppen, welche sowohl die kapitalistische Gesellschaft als auch den «Konservatismus» der kommunistischen Partei angriffen, standen auch die Professoren ratlos gegenüber. Mehrere von ihnen, die sich zu Beginn des letzten Winters am Streik der Studenten beteiligt hatten, konnten ihre Vorlesungen nicht abhalten, herrschte doch an der Fakultät von Nanterre nach den Worten des Dekans Grappin «eine wahre Bürgerkriegspsychose». Die Ruhe kehrte erst wieder ein, als 500 Gendarmen der Compagnies Républicaines de Sécurité die Cité umstellten, mit dem Auftrag, das umliegende Gelände zu überwachen und die Wagen der Studenten (nicht wenige Studenten besitzen ja ein Auto) zu durchsuchen, wobei die Polizeibeamten Äxte, Gummiknüppel und Eisenstangen zutage förderten.

Es war offenkundig, dass die Vermittlungsbemühungen der Behörden bei den Studenten wirkungslos geblieben waren. Übrig blieb nur die Erkenntnis, dass jeder Dialog unmöglich bleiben musste, solange die Kraftprobe andauerte. Der Erziehungsminister hütete sich, diese Reaktion der Studenten propagandistisch auszuschlachten und die öffentliche Meinung gewissermassen für sich und gegen die Ruhestörer zu mobilisieren. Bevor man diese in Bausch und Bogen verurteilt, sollte man vielleicht gerechterweise das Milieu von Nanterre berücksichtigen — jenes Milieu, das mit seiner düsteren, jede Sympathie abschreckenden Stimmung an ein Konzentrationslager gemahnt.

Ein Herd der Revolution: Nanterre

Die Cité von Nanterre wirkt schon auf den ersten Blick abschreckend und erweist sich als eine verfehlte Konzeption. Das Beste vermengt sich hier mit dem Schlechtesten, und der hochmoderne Perfektionismus gewisser Apparaturen in den Konferenzsälen vermag nicht über den beklemmenden Eindruck des Ganzen hinwegzutäuschen. Die weiträumige Cité, welche mitten in einem baufälligen Quartier steht und von gefängnisartigen, stacheldrahtbewehrten Mauern umgeben ist, beherbergt eine Jugend, die aus diesen Existenzbedingungen keineswegs Grund zum Optimismus schöpft. So ist es weiter nicht erstaunlich, dass sich die Studenten und Studentinnen in einer solchen Umgebung als Verbannte fühlen und ihre zum Teil berechtigten Klagen gegen die Gesellschaft endlos wiederkäuen. Man kann nicht genügend betonen, dass die meisten von ihnen die Gewalt verurteilen und die Rädelsführer desavouieren. Es ist nicht die Mehrheit, die im Namen der Situationsethik — um ein psychologisches Modewort zu gebrauchen — über den Wert der sexuellen Befreiung Abhandlungen schreibt; ihr liegt vor allem das Studium und die Arbeit am Herzen. Gewiss bemühen sich

die orthodoxen Kommunisten, sie in ihre Agitation einzuspannen und die von keinen politischen Kadern gestützten Möchtegern-Revolutionäre für ihre Zwecke auszunützen. Viele haben auch an den Kundgebungen im Quartier Latin während der «roten Woche», von der Alain Peyrefitte gesprochen hat, teilgenommen: Einmal im Getriebe gefangen, haben sie sich freilich nicht anders als die hartgesottenen Revolutionäre aufgeführt. Dennoch darf man jene besondere und gewichtige Kategorie von Studenten nicht vernachlässigen, denen vor allem an erfolgreichen Prüfungen gelegen ist und die dem Leben mit Vertrauen begegnen.

Drei Tage lang, am 8., 9. und 10. Mai, tobte der Aufruhr, prallten Polizei und Studenten mit äusserster Heftigkeit aufeinander, ebbten die Kämpfe jeweils erst beim Morgengrauen ab. Der Aufstand liess eine minutiös geplante Organisation erkennen: Die jungen Militanten wurden von kampfgeübten älteren Kadern angeführt, unter denen sich zahlreiche Ausländer befanden. Die Bilanz des Aufruhrs beläuft sich auf 1200 Verletzte, wovon 800 Studenten; 200 von ihnen konnten sich allerdings über keine Immatrikulation an irgendeiner Hochschule ausweisen. Die materiellen Schäden konnten bisher noch nicht abgeschätzt werden. Nur eine Zahl sei hier erwähnt: 80 zerstörte Automobile, davon 50 völlig ausgebrannt. Wenn in der Öffentlichkeit die Meinungen in bezug auf die Schuldfrage auch leidenschaftlich aufeinanderprallen, so wagt doch niemand, die blinde Gewalt zu billigen, die während einer Woche, oft ununterbrochen während 15 bis 20 Stunden rings um die Sorbonne tobte. Was aber bezweckten die Verantwortlichen dieses dramatischen Aufstandes, eines Aufstandes, der, um es milde auszudrücken, Frankreich in zwei Lager gespalten und einen Graben aufgerissen hat, der bei weitem noch nicht wieder aufgefüllt ist?

Barrikaden, Blutlachen auf dem Pflaster, brennende Automobile, immer wieder die rote Fahne, umgestürzte und in Bunker verwandelte Autobusse: so sah Paris während jener tragischen Woche aus. Ein Polizeiaufgebot, wie man es noch nie erlebt hatte, verlieh dem Zusammenprall zwischen den «beiden Frankreich» von Anfang an den Charakter eines Bürgerkriegs. Auf beiden Seiten wurde mit unerbittlicher Hartnäckigkeit gekämpft. Was wollten diese Studenten (die zum Teil keine sind), welche da dem deutschen Anarchisten Cohn-Bendit blinde Gefolgschaft leisteten? Etwa verhindern, dass die Prüfungen und «Concours» zum festgesetzten Zeitpunkt stattfinden konnten? Man kann sich nur schwer vorstellen, dass dieses von einzelnen verkündete Ziel die Mehrheit der Studenten bei ihrem Tun leitete. Also muss da noch ein anderer Grund vorhanden gewesen sein.

Der Erziehungsminister äusserte sich dazu am Rundfunk, mit einer Zurückhaltung allerdings, die als Schwäche ausgelegt wurde und die den Erwartungen der Zuhörer nicht entsprach. Immerhin räumte er ohne

Umschweife ein, dass die Universität zum Teil sklerotisch sei. Im Munde eines Ministers und anlässlich einer offiziellen Rede wiegt ein solches Wort schwer. Doch beeilte sich Peyrefitte hinzuzufügen, dass dies seiner Ansicht nach ein Grund mehr sei, um zwischen Dozenten und Studenten unverzüglich einen konstruktiven Dialog anzubahnen. Im weiteren gab er zu, dass die Sorge und Erregung der studentischen Jugend begründet und die Regierung verpflichtet sei, den Ursachen dieser Erregung zu steuern.

Dazu wäre allerdings noch etwas zu bemerken: Nirgends tobte der Aufruhr so heftig wie unter den Studenten der Soziologie und der Geisteswissenschaften im allgemeinen. Der Grund dafür liegt darin, dass die Absolventen dieser Fächer es bedeutend schwerer als die Naturwissenschafter haben, auf dem Stellenmarkt unterzukommen. Man muss sich wirklich fragen, ob die französische Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Form überhaupt in der Lage ist, alle Absolventen aufzunehmen. Laut Marc Zamansky, dem Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät, soll es gegenwärtig in Paris 3000 Soziologie-, 2400 Psychologie- und 750 Architekturstudenten geben. Man kann somit der Frage nicht länger ausweichen, was denn die Gesellschaft unternimmt, um jedes Jahr eine so grosse Anzahl von Spezialisten absorbieren zu können. Dieser Umstand erklärt zur Genüge die zornige Enttäuschung vieler Diplomanden, die nach Abschluss ihrer Studien keine angemessene Anstellung finden. Hinzu kommt der falsche Ehrgeiz, der manche Familien dazu verleitet, ihre Kinder ohne Rücksicht auf deren Leistungsgrenzen zu Studien zu drängen, die sie nicht zu Ende führen können. Im Jahr 1900 gabe es in Frankreich noch 5000 Studenten; heute sind es 600000. Als ihre Zahl noch 5000 betrug, konnte jeder von ihnen hoffen, einst zur Elite der Nation zu gehören — heute wissen sie, dass sie in der Masse untergehen und keine Aussicht haben, sich emporzuarbeiten. Wozu also diese langen und schwierigen Studien, deren Ausgang ungewiss ist und die keine Gewähr für die Zukunft bieten?

In Nanterre belegen rund tausend Studenten Psychologie und Soziologie, jene Disziplinen also, die man mit einem etwas verschwommenen Begriff als «die Wissenschaften vom Menschen» bezeichnet; dabei ist jedermann bekannt, dass diese spezialisierten Studienrichtungen nur sehr ungewisse und jedenfalls keine lukrativen Zukunftsaussichten bieten. Zudem erfährt der Stand der Diplompsychologen eine Abwertung durch den häufigen Beizug von Fachkräften, die ihre Ausbildung ausserhalb der Universität erhalten haben. Es ist verständlich, dass sich nun ein Gefühl der Ohnmacht und der Verlorenheit dieser Jugend bemächtigt, die sich ihren Platz in der zukünftigen technokratischen Gesellschaft nur mit grösstem Aufwand an Mut und Willensanstrengung erobern kann. Die Schwächsten, jene, die es auf keinen grünen Zweig bringen, müssen sich gar mit Beruhigungsmitteln durchhelfen.

Als das Theater des Odéon nach dreiwöchiger Besetzung durch die Jugend des Quartier Latin geräumt wurde, entdeckte die Polizei ein ganzes Lager verschiedener Drogen und Rauschmittel. Dieser Umstand wurde mit klugem Schweigen übergangen, weist aber jedenfalls bei der als Studenten bezeichneten Meute von Okkupanten auf einen Zustand schwerer seelischer Zerrüttung hin. Man muss sich hüten, diese Leute mit den eigentlichen Hochschulstudenten zu verwechseln, die an sich völlig normal und gesund sind, leider aber in Nanterre von gewissen nur zu bekannten Lehrkräften irregeführt werden, deren wahnwitziges Gerede den Sturz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bezweckt. Eines ist gewiss: an den Hochschulen kündigt sich ein neuer Geist an, eine gemeinsame Protesthaltung, verbunden mit der Entschlossenheit zu selbständigem Urteil und einer noch nie dagewesenen Meinungsfreiheit. Wenn die Fakultäten ihre Pforten wieder öffnen, werden sie nicht mehr das bleiben können, was sie vor der Krise waren. Die jüngsten Ereignisse haben das Entstehen neuer und eigenwilliger Umgangsformen zwischen Dozenten und Studenten gefördert, Umgangsformen, die bereits von den Lehrkräften nicht weniger als von den Studierenden begrüsst wurden.

Die Barrikadenromantik, der die Studenten im Quartier Latin erlegen sind, drückt den noch verworrenen Wunsch nach einer Erneuerung der Universität und nach ihrer Anpassung an die Erfordernisse unserer Zeit aus. Es kann heute nicht mehr die Rede davon sein, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen, sondern nur darum kann es gehen, dass sie für rationelle und vernünftige Reformen fruchtbar gemacht wird. So gewalttätig die Kundgebungen auch waren, so abstossend und konsternierend sich auf alle Augenzeugen wirkten, eines darf bei alldem nicht vergessen werden: nämlich die tiefe Unruhe einer grossen Zahl junger Menschen angesichts einer ungesicherten Zukunft. Was sie fordern, ist eine unmittelbare Beziehung zwischen ihren Studien und der Welt von heute und die Anerkennung ihrer Bedürfnisse seiner ständig sich wandelnden und wachsenden Gesellschaft.

Nanterre, der «Punkt Omega» des Aufstandes, hat sich als ein Organismus erwiesen, der unter dem demographischen Druck und infolge der allgemeinen Demokratisierung allzu sprunghaft angewachsen ist. Mangelnde Voraussicht schuf hier eine Lage, in der die Hochschuljugend sich selbst überlassen blieb und sich prompt den extremsten Ideologien zuwandte: Marxismus-Leninismus, Maoismus oder Castrismus. Man mag über diese extremistischen und oft sehr gegensätzlichen Tendenzen urteilen wie man will, sicher ist, dass sie überall auf der Welt den fanatischen Willen zur Veränderung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ausdrücken. Die von den Ereignissen betroffenen Dozenten an der Sorbonne oder in Nanterre — zum Teil überragende Geister — sind sich heute mit den Studenten über die Notwendigkeit einig, einen Dialog anzubahnen, der einmal fruchtbar

werden könnte. Nun, da man sich nicht mehr mit Gummiknüppeln traktiert, kommt es vor allem darauf an, dass die Vorlesungen bald wieder beginnen und die Prüfungen von neuem durchgeführt werden.

Die Öffentlichkeit hat zwar feindselig auf die Unruhe reagiert, ist sich aber gleichzeitig bewusst geworden, dass es sich um etwas ganz anderes als um ein blosses Aufbegehren meuternder Studenten handelt. Die Augen gingen ihr auf, als sie begriff, dass es um nicht mehr und nicht weniger geht als um eine radikale Verwandlung der Universität und, als Folge davon, um eine Verwandlung dessen, was man gemeinhin die Gesellschaftsordnung nennt. Jene Dozenten, die sich der Studentenbewegung angeschlossen haben — und es sind ihrer nicht wenige — tragen eine weiteres Element der Unrast in eine Situation, die von Tag zu Tag explosiver wird. Manche von ihnen suchen so einfach den Anschluss an eine gesellschaftliche Entwicklung, von der sie bereits wissen, dass sie irreversibel ist.

Man muss es Edgar Pisani, dem ehemaligen Landwirtschaftsminister, hoch anrechnen, dass er versucht hat, den Gründen der gegenwärtigen Ratlosigkeit unter der Jugend und ihrer oft schwer verständlichen Revolte nachzugehen: «Vor meinem Sohn», meinte er im Parlament, «sehe ich mich oft genötigt zu schweigen oder zu lügen, weil ich auf die Fragen, die er mir stellt, nicht immer eine Antwort finde.»

Es ist eine Tatsache, dass in vielen europäischen Ländern Schüler und Studenten gegen die an der Macht befindlichen politischen Regimes rebellieren und den Willen bekunden, sie zu stürzen. Die klassische Antithese zwischen Rechts und Links tritt nirgends deutlicher zutage als an den Hochschulen, wo die Gegensätze oft unversöhnlich aufeinanderprallen. Man denke nur an Spanien, wo 80 Prozent aller Studierenden ihre Entschlossenheit bekunden, das Franco-Regime zu stürzen. Man kann sich unschwer vorstellen, dass diese organisierte spanische Opposition nicht untätig bleiben und der Regierung noch viel Kopfzerbrechen bereiten wird. Erst kürzlich hat ein Zwischenfall, von dem ein französischer Schriftsteller betroffen wurde, diese Spannung deutlich zutage treten lassen: Bei einem Vortrag vor der juristischen Fakultät der Universität Madrid wurde J. J. Servan-Schreiber, der Autor des Buches «Le défi américain», von seiner Zuhörerschaft, mehrheitlich Studenten und Studentinnen, heftig angegriffen. Der Referent konnte — unter ständigen Zwischenrufen, nur etwa 20 Minuten sprechen. Servan-Schreiber wurde geradezu als Handlanger des internationalen Kapitalismus bezeichnet. Das Missverständnis der Zuhörer in bezug auf die Tendenz des französischen Schriftstellers erklärt sich wohl daraus, dass die Madrider Jugend sich bedeutend weniger für die amerikanische als für die spanische Herausforderung interessiert. Mit einem Jahreseinkommen von 600 Dollar pro Kopf der Bevölkerung rangiert Spanien weit hinter Frankreich oder gar der Bundesrepublik mit 2000 Dollar.

Die Verantwortlichen der spanischen Wirtschaft sehen sich zwischen zwei Feuern: Entweder stärken sie dem Franco-Regime den Rücken, oder sie lassen sich auf eine demokratische Entwicklung ein und nehmen dabei alle Fährnisse in Kauf, die eine solche Entwicklung auf der Iberischen Halbinsel mit sich bringen muss.

In Frankreich wie in Spanien, in Deutschland wie in Italien stellt man die gleiche Unrast fest, die von den Hochschulen ihren Ausgang nimmt. Gerade die Studenten, die ausserhalb der üblichen politischen Spielregeln stehen, stellen, oft ohne sich dessen bewusst zu sein, die Strukturen unserer westlichen Gesellschaft in Frage, einer Gesellschaft, die bereits durch den Vietnamkrieg, die Probleme des Gemeinsamen Marktes, die Rassenunruhen in Amerika und eine durch die Anwendung der Computertechnik bewirkte wirtschaftliche Umwälzung erschüttert wird.

De Gaulles Kurs: Höhenflug oder Bruchlandung?

Mit majestätischem Gruss schied de Gaulle von den rumänischen Volksmengen, bevor er das Flugzeug bestieg, das ihn eiligst nach Paris zurückbrachte. Bei seiner Rückkehr fand er Frankreich in einem Zustand permanenter Revolution. Das tat aber seiner gewohnten olympischen Ruhe keinen Abbruch. Die gewerkschaftliche Agitation, das revolutionäre Fieber, der Sturm auf die Geldschalter der Banken, all dies erschütterte seine Gelassenheit nicht im mindesten. Beim Verlassen des Flugzeuges in Orly meinte er zu seinen Ministern: «Die Dinge stehen im argen? Wohlan, so werden wir sie eben wieder an die Hand nehmen, wie wir es je und je getan haben.»

Das erneute Aufflackern der Krise lässt nun aber doch die Frage aufkommen, ob das klassische Schema gaullistischer Einschüchterung immer noch wirksam ist. Die Illusionen über die Politik des französischen Staatsoberhauptes, das andern so gerne Lektionen erteilt und sich über «Vorurteile» hinwegzusetzen pflegt, beginnen zu zerfliegen. Anlässlich seiner jüngsten Reise nach Bukarest trug der General im Hochgefühl seines Triumphes dem chinesischen Botschafter auf, Mao-Tse-tung und Tschou-En-lai seine freundschaftlichen Grüsse zu übermitteln, was nebenbei bemerkt nicht verhinderte, dass sein Bild drei Tage später in Kanton öffentlich verbrannt wurde. Die Streiks und die Besetzungen von Fabriken, Werkstätten, Bureaus, Geschäften, Theatern (darunter auch die Opéra) hatten alle öffentlichen Dienste erfasst. Zwar war immer noch die Rede von einer Strukturreform der Universität, von der Aufhebung der Prüfungen und von der Weiterverfolgung der «Kriegsziele» des Aufstandes, doch die Lage hatte sich grundlegend verändert.

Der misslungene Schulterschluss der Hochschulstudenten mit den Arbeitern der Renault-Werke liess noch der Hoffnung Raum, dass es gelingen

würde, den Konflikt einzudämmen. Anderseits stand zu befürchten, dass die rapide Verschlechterung des sozialen Klimas schliesslich auf allen Sektoren zum totalen Zusammenbruch des wirtschaftlichen Lebens der Nation führen würde. Die anfänglichen Forderungen nach höheren Löhnen und Agrarpreisen hatten sich bald einmal auf das Gebiet der Strukturreformen verlagert, welche das Prinzip der Autorität des Unternehmers in seinem Betrieb in Frage stellten.

Materielle Zugeständnisse an die Arbeiter genügen heute nicht mehr, um die gewerkschaftliche Agitation zu beschwichtigen. Ziel der Studenten ist es, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen, die sie in einer schmerzlichen Unwirklichkeit gefangen hält. Was die Gewerkschaften anbelangt, mit denen die Studenten vergeblich eine gemeinsame Front zu bilden versuchten, so besteht ihr Ziel vor allem in einer Veränderung dessen, was sie als die «Unterdrückungsstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft» bezeichnen — so lässt sich, um das Vokabular der CGT (kommunistische Gewerkschaft) zu gebrauchen, das unwandelbare Programm der gewerkschaftlichen Forderungen umreissen. Das und nichts anderes wollen die Aufrührer sagen, wenn sie die rote Fahne durch die Strassen der Hauptstadt tragen. Die Demokratisierung der Unternehmen und die Demokratisierung der Universitäten werfen dasselbe Problem auf: Wie kann man in den Fakultäten und in den Produktionsstätten das «Mitspracherecht» oder die «Selbstverwaltung» einführen? Je nachdem, wie die Antwort auf diese doppelte Frage ausfallen wird, werden die Unruhen, deren Zeugen wir sind, abflauen oder weitergehen.

Der neue Stil in den Beziehungen zwischen Dozenten und Studenten, wie die Mitarbeit der letzteren im Schosse der Fakultäten knüpfen an gleichgerichtete Bestrebungen im Kampf der Arbeiter an. Es ist offenkundig, dass dieser «Kampf» — von Kampf ist bei all diesen Forderungen immer die Rede — die kapitalistische Macht in den Unternehmen, in der Wirtschaft, in der gesamten Nation in Frage stellt und die Errichtung einer neuen Form von Demokratie anstrebt, welche auf jeder gesellschaftlichen Ebene das Mitspracherecht der Menschen gewährleistet.

Das Manöver mit dem Plebiszit

Sechs Tage mussten die Franzosen auf eine Rede von sieben Minuten warten. Als sich der von seinem Olymp endlich herabgestiegene General am Abend des 24. Mai vernehmen liess, erschien das Missverhältnis noch krasser. Musste der General das Land wirklich bis an den Rand der Anarchie gleiten lassen, um diese seine Gedankengänge enthüllen zu können? Die Berechnungen, von denen er sich leiten liess, mögen sein, was sie wollen, jedenfalls forderte das als Referendum verkleidete Plebiszit, das er der

Nation vorschlug, die Franzosen einmal mehr auf, das Parlament noch vollständiger als bisher seiner konstitutionellen Rechte zu entkleiden. Seine Ausführungen liessen niemand im Zweifel darüber, dass er und er allein mit der gesamten Fülle der Macht ausgestattet zu werden wünscht. Es hatte etwas Rührendes, ihn am Mikrophon vergeblich den richtigen Ton suchen zu hören, während gleichzeitig die Pariser Börse in Flammen stand und das Quartier Latin erneut in ein Schlachtfeld verwandelt war. So steht er nun entwaffnet vor den Franzosen, die ihn nicht mehr verstehen und die er nicht mehr versteht. Heute kann General de Gaulle ermessen, wie wirksam jene in der politischen Tradition des Landes tief verankerten «Zwischenstrukturen» waren, die er systematisch zerstört hat, weil sie seiner Allmacht im Wege standen. Ihre Aufgabe wurde von den Gewerkschaften übernommen, die ihre Wirksamkeit als politische Macht nun unter Beweis gestellt haben, ist es doch ihnen zu verdanken, dass der gestaute Aufruhr einen Abfluss fand. Man muss der CGT und selbst der Kommunistischen Partei das Zeugnis ausstellen, dass sie im Moment, wo die Strassenkrawalle ihren Höhepunkt erreichten, echte Mässigung bewiesen haben. In dem wilden Chaos, in das die Ereignisse das Land während zwei Wochen gestürzt haben, hat die CGT — und mit ihr zum Teil auch die KP — leitende Funktionen ausgeübt.

Unter dieser Oberfläche äusserster Vorsicht von seiten der Gewerkschaften greift jedoch die Fäulnis im sozialen Klima rapid um sich. Noch schwerer wiegt der Umstand, dass die Strassenkundgebungen unter dem Einfluss gewisser prochinesischer und anarchistischer Gruppierungen, die eine gesteigerte Tätigkeit entfalten, immer wieder den Charakter eines Aufstandes annehmen. Trotz ihrer ideologischen Spaltungen sind diese Gruppierungen solidarisch im Kampf gegen das Regime: Gemeinsam suchen sie die Dinge soweit zu treiben, dass im geeigneten Moment ein Machtvakuum entsteht. Es ist begreiflich, dass das Land angesichts solcher Zukunftsaussichten beunruhigt ist.

General de Gaulle hat seine Absicht bekundet, die französische Wirtschaft den Notwendigkeiten unserer Zeit anzupassen; hierin geht jedermann mit ihm einig. Wenn die Öffentlichkeit zunächst skeptisch war, so darum, weil in einer so ernsten Stunde ein Ablenkungsmanöver unternommen wurde, indem man an allen Ecken und Enden eine lächerliche Polemik über Annahme oder Verwerfung eines Referendums entfachte. Die Franzosen erwarten und erhoffen eine Neuordnung und Neugestaltung des Staates; ein Referendum — das inzwischen bereits verschoben wurde — kann ihnen diese Neuordnung bestimmt nicht bringen.

Die überwältigende Mehrheit der Studenten würde bestimmt zutiefst erschrecken, wenn sie ahnte, dass die gegenwärtige Krise schliesslich ihre eigene Zukunft gefährden könnte. Unbeschadet der Reformen, die von

allen Franzosen gewünscht werden, besteht die Notwendigkeit, jenen entgegenzutreten, welche die Veränderung und die Revolution um ihrer selbst willen und um jeden Preis anstreben. Zweifelsohne werden diese vom Ausland her gesteuert, wie dies der Premierminister einräumte. Offensichtlich geht es hier um eine systematische Zerstörung der bestehenden Strukturen der Universität. Diese Phase kann nur zu einer allgemeinen Anarchie führen, und es erscheint gewiss, dass die Rädelsführer der Bewegung für den Augenblick kein anderes Ziel anstreben. Hinter dem traurigen Schauspiel der Anarchie, das im Quartier Latin abgerollt ist, steigt bereits das Gespenst einer Neuauflage der «Kulturrevolution» nach chinesischem Muster auf, wie man sie in den letzten Jahren in Peking beobachten konnte. Die permanente Diskussion und die allgemeine Politisierung sind dort geläufige Instrumente der Zerstörung geworden, denen, wie die Erfahrung lehrt, weder der kritische Geist noch die Urteilsfähigkeit des Individuums auf die Dauer widerstehen können. Hat einmal die grosse Säuberung stattgefunden, so steht mit tödlicher Sicherheit Tür und Tor offen für die schrecklichste der Diktaturen: die Diktatur einer Partei, die sich alsbald zum absoluten Alleinherrscher aufschwingen wird.

Ist sich General de Gaulle dieser Realitäten bewusst? Keiner weiss es. Er selber schweigt sich darüber aus, in der offenkundigen Sorge, das Gleichgewicht des Staates zu wahren. Gewiss ist nur, dass er noch einmal das Schicksal Frankreichs in seine Hände nehmen will. Niemand bestreitet, dass ihm dies in der Vergangenheit gelungen ist, doch leider übersieht er, dass der ungeheure Vorschuss an Vertrauen, der ihm vor zehn Jahren bei seiner Rückkehr an die Macht entgegengebracht wurde, weitgehend aufgebraucht ist und dass sich sowohl die Scharen der Werktätigen wie die Masse der Studenten von ihm abwenden.

So steht nun General de Gaulle trotz all seiner Grösse da. Man hätte wünschen mögen, dass er, am Abend seines Lebens angelangt, seine Verachtung für die Menschen und für alles, was nicht unmittelbar ihn selbst betrifft, aufgäbe. Die Wahl, vor die er das Land wiederum stellte — «Ich oder das Chaos» — war in Tat und Wahrheit eine Vertrauensfrage. Ist es nicht tragisch, ja betrüblich zu sehen, wie ein aussergewöhnlicher Mann sich hartnäckig weigert, von der Bühne abzutreten, solange ihn die Ereignisse zwingen, die Macht in Händen zu halten?

Und dennoch ist er die letzte Zuflucht in der Zwickmühle, in der sich Frankreich gegenwärtig befindet. Wenn es gilt, die Hürde zu überwinden und eine nationale Auferstehung zu Ende zu führen, die vor zwanzig Jahren die Welt in Erstaunen versetzte, so springt immer noch er, der «Mann der Stürme», wie man ihn genannt hat, in die Bresche. Das französische Volk will arbeiten, die Studenten (zumindest viele von ihnen) wollen ihre Prüfungen absolvieren — de Gaulle hat dies mit solcher Überzeugungskraft verkündet, dass

die öffentliche Meinung elektrisiert wurde. Man kann sagen, dass sich in wenigen Stunden alles geändert hat. Einmal mehr vollzog sich das Wunder und setzte am sonnigen Nachmittag des 30. Mai eine schweigende und ergriffene Menge von mehr als einer Million Franzosen in Bewegung. Ein solcher Umschwung löst natürlich nicht alle aufgeworfenen Probleme. Er beweist nur, dass eine grosse Zahl guter Bürger, die weder bedingungslose Gaullisten noch Kommunistenfresser, sondern einfach verantwortungsbewusste Demokraten sind, heute beglückt feststellen, dass sie noch die Luft eines freien Landes atmen.

Angesichts der Bedrohung durch eine revolutionäre Subversion, der die Linksopposition in äusserst unkluger Weise Nahrung bot, hat der Urnengang vom 30. Juni den Willen der Nation bekräftigt, das republikanische Regime in seiner traditionellen Form beizubehalten. Der Ausgang bedeutet auch, dass die V. Republik allen Franzosen gehört und die verschiedenen politischen Lager in einer nationalen Gemeinschaft vereint, um das zukünftige Frankreich aufzubauen.

De Gaulle — der Mann der Synthese

Alles schien verloren, als am Morgen des 29. Mai General de Gaulle das Elysée durch die Hintertüre verliess und in aller Eile nach Colombey aufbrach. Selbst von seinen Ministern wusste keiner, ob er zurückkehren würde. Von Nanterre ausgehend, hatte die grosse Erschütterung innert eines Monats die ehrwürdige Sorbonne erfasst und nach den Studenten und dem Mob, der sich unter sie mengte, auch neun Millionen Arbeiter in den Streik getrieben. Seit mehreren Jahren sprach man in der französischen Politik vom Nachgaullismus — diesmal nun schien er allen Ernstes anzubrechen. Drei Stunden nach seiner Abreise war de Gaulle noch nicht auf seinem Privatsitz, der «Boisserie», eingetroffen. Seine Minister waren verwirrt, einige begannen unruhig zu werden. Am nächsten Morgen erfuhr man mit Erleichterung von der erstaunlichen Reise des Generals nach Baden-Baden und nach Mülhausen, und man erfuhr auch, dass er von Etappe zu Etappe die Spitzen der französischen Garnisonen in Frankreich konsultiert hatte. Noch war man über ihre Antwort im ungewissen. Eine Menge historischer Reminiszenzen drängten sich auf: Karl X., der 1830 in Rambouillet zurücktritt, nachdem er die unheilvollen Erlasse unterzeichnet hat; Louis-Philippe, der die Tuilerien in einer Mietkutsche verlässt; der kranke Napoleon III., der in Sedan kapituliert ... Wer konnte schliesslich, in einem Augenblick, da die rote Fahne über der Sorbonne, dem Odéon, den Gymnasien der Hauptstadt flatterte, die Erinnerung an Lamartine verdrängen, wie er sich mit letztem Einsatz mühte, im Rathaus die Trikolore zu verteidigen?

Ganz Paris war konsterniert — die öffentlichen Dienste und alle Ministerien waren durch den Streik gleichzeitig lahmgelegt. Mit überlegener Ruhe bemühte sich Georges Pompidou, bemühte sich auch Georges Séguy namens der CGT, die unkontrollierbar gewordene Strasse wieder unter Kontrolle zu bringen. Die «studentische Macht», wie sie sich selber nannte, knüpfte an die Räterepublik der bolschewistischen Revolution an, deren bedrohliches Gespenst mehr als einen Zeugen der neuesten Ereignisse beängstigte. Bereits stürzten sich Pierre Mendès-France und François Mitterand in das Rennen um die Macht, der letztere bot sich sogar schon am Fernsehen als neuer Präsident der Republik an. André Malraux indessen, der Freund in der Not, der Lieblingsjünger des Generals, blieb stumm. «Sie sind», sagte ihm schonungslos Mitterand, «wie der Marschall de Soubise auf der Suche nach einer Armee, die es nicht mehr gibt.» Welcher Gaullist hätte gewagt, angesichts eines solchen Zusammenbruchs noch sein Haupt zu erheben? Plötzlich verkündete aber das Radio die Rückkehr des Generals nach Paris. Man erfuhr, dass er um 16 Uhr über den Rundfunk sprechen würde — nicht über das Fernsehen, weil Sabotageakte zu befürchten waren. In einer äusserst kurzen, einschneidenden Ansprache erklärte er feierlich: «Ich werde nicht zurücktreten, da ich im Namen des Gesetzes durch das französische Volk gewählt worden bin.» Diese wenigen Worte genügten, um die Lage radikal zu verändern. Kaum waren sie gesprochen, ertönte auf den Champs-Elysées die Antwort eines Menschenmeeres, das auf mehr als eine Million Personen geschätzt wurde. In einem wahren Glückstaumel erlebte Frankreich einmal mehr seine Errettung.

Die Wahlen vom 30. Juni haben dieses Glücksgefühl bestärkt. Die Opposition hat denn auch nicht gezögert, diese Zusammenhänge schonungslos hervorzuheben: «Das gaullistische Regime hat die Panik ausgeschlachtet. Es hat die Wähler mit dem Bürgerkriegsschreck erpresst.» Auf solche Insinuationen antwortet die Mehrheit: «Freie Bürger haben sich erhoben, um jene Freiheiten zu verteidigen, die einen Monat lang durch Aufruhr und Anarchie gefährdet worden waren.»

Die Wahrheit ist wie immer komplex. Die bürgerlichen Kreise, die «nantis», wie man sie auf seiten der Linken nennt, wenn diese Linke vergisst, dass sie ebenfalls verbürgerlicht ist, fühlen sich über die Wahlen vom 30. Juni zu Recht glücklich. Waren es in der aufgelösten Nationalversammlung 242 Gaullisten, so nehmen nun ihrer 360 im Parlamentssaal Einsitz. Die Fédération ist von 121 auf 57 Abgeordnete zusammengeschmolzen, während die Zahl der Kommunisten von 76 auf 33 abgenommen hat.

Man hat von einem reaktionären Erdrutsch gesprochen — ein unbedachter Ausdruck, hat doch nicht nur das Bürgertum für die Mehrheit gestimmt: Dieser Umstand verdient hervorgehoben zu werden. Traditionell sozialistisch oder gar kommunistisch wählende Arbeiter haben in mehreren

Departementen dem gaullistischen Kandidaten ihre Stimme gegeben, um so gegen die Haltung gewisser Streikposten während der Juniereignisse zu protestieren. Sie protestieren auch und vor allem gegen die Weigerung der Gewerkschaftsleitung, in der Fabriken geheime Urnenabstimmungen zuzulassen. Dieser Eingriff in die Freiheit der Arbeit, auf welche sich der Stolz der werktätigen Klasse gründet, hat unter den Arbeitern ein tiefes Malaise entstehen lassen, das sich nicht so bald auflösen wird. Das sind die Gründe, weshalb zurzeit militante Kommunisten der Partei den Rücken kehren: Sie werfen ihr vor, «wie die Fledermäuse» bald die Krallen und bald die Flügel zu zeigen, also einen zweideutigen Kurs zu steuern. Bekanntlich hält sich der Generalsekretär des PCF, Waldeck-Rochet, treu an die Richtlinien eines Thorez, nach dessen Überzeugung der Übergang zum Sozialismus, für den die Partei kämpft, sich nur «auf friedlichem Weg dank der Allianz mit den Mittelstandsklassen» vollziehen kann. Diese erst kürzlich von Waldeck-Rochet bekräftigte These spricht Bände über das Verhalten des PCF und erklärt deren Zurückhaltung — um nicht zu sagen deren politische Weisheit — während der Zusammenstösse vom vergangenen Juni.

General de Gaulle blickt wie gewohnt von hoch oben auf die Lage herab. Seine Erziehung und seine militärische Ausbildung haben ihn dazu geführt, die Geschäfts- und Finanzwelt immer mit Verachtung zu betrachten. Vom Arbeiterstand hat er sich einen romantischen und zweifelsohne stark vereinfachenden Begriff in der Art eines Jules Vallès gemacht: Er sieht ihn heute noch so wie die Soziologen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Es sei hier an die grosse Idee von der Gemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital erinnert, die er bei seiner Machtübernahme im Jahr 1945 verkündete und ohne praktische Auswirkungen immer wieder aufwärmte. Manche, die das noch nicht vergessen haben, fragen sich heute, ob die «participation» — die Mitbestimmung —, die nun in Schwang ist, nicht schliesslich dasselbe Schicksal erleiden wird. Immerhin lassen die Absichten des Generals bereits das Projekt einer grossangelegten sozialen «Mutation» erkennen, die er entschlossen ist durchzuführen. Man kann sich darauf verlassen, dass ihm die Argumente nicht fehlen werden, um sein Vorhaben in die Tat umzusetzen. Einmal mehr wird er seinen Willen gegen die Mehrheit seiner Minister, die sein gewohnter Wagemut beunruhigt, und gegen die Finanzkreise, die ihn seit seiner Ankunft in London im Jahre 1940 stets unterstützt haben, durchsetzen. Er wird ihn auch gegen die konservative Mehrheit durchsetzen, die im Lande seine zuverlässigste Stütze darstellt. Wie sollte er mit einer solchen Mehrheit im Rücken zögern, den Kampf für jene soziale Reform aufzunehmen, von deren Notwendigkeit er sich überzeugt hat?

Es handelt sich hier sicher um eine edle Aufgabe, die eines so grossen Politikers wohl würdig ist. Mag er auch interessenmässig diesen Problemen

fernstehen, so weiss man doch, dass er fähig ist, sich mit ihnen zu befassen und wohl auch sie zu lösen. Man möge sich erinnern, dass er vor einigen Monaten mit dem Gedanken liebäugelte, die Direktionspräsidenten der verschiedenen Unternehmen durch die Generalversammlung des Personals wählen zu lassen. Wenn der Gedanke auch infolge der Opposition des CNPF (Nationalkomitee des französischen Arbeitgeberverbandes) — jenem Bollwerk der kapitalistischen Ordnung — keine praktischen Wirkungen zeitigte, so enthüllt er doch sozial- und wirtschaftspolitische Tendenzen de Gaulles, die von den Auffassungen, wie man sie gemeinhin seinem Premier zuschrieb, weit entfernt sind ...

Als Mann der Synthese, der er wie einst der Generalintendant Turgot sein möchte, wünscht er gewiss Kapitalismus und Sozialismus zu versöhnen, jene beiden entgegengesetzten Kräfte also, die seit über einem Jahrhundert in unserm alten Europa miteinander im Kampfe liegen. Wenn man seinen Prognosen Glauben schenkt, so läuft die Entwicklung der Welt in diese Richtung und fördert so die grosse Idee eines «Europas vom Atlantik bis zum Ural», die de Gaulle vor ein paar Jahren verkündet hat.

Im Bewusstsein seiner Verantwortung ist er heute davon überzeugt, dass man die «conditio humana» verändern muss. Es bleibt ihm nicht verborgen — die Sozialgeschichte Frankreichs hat es ihm ja bewiesen —, dass der Arbeiter in unserer gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft unter einer «Entfremdung» leidet, welche die Tragik seines Standes ausmacht. Die «participation», deren Verfechter de Gaulle heute ist, soll also die Stellung des Arbeiters verändern, indem sie ihm einen Anteil am Ertrag des Unternehmens und an der auf Grund der Profite errechneten Investitionsrate zusichert. Das ist in kurzen Worten der letzte Trumpf de Gaulles: eine Revolution auf legalem Wege, oder, um es mit den Worten eines seiner Minister zu sagen, «1789 ohne Guillotine» ...

Man darf gewiss sein, dass das französische Staatsoberhaupt das Elysée nicht verlassen wird, bevor er diese seine Aufgabe vollendet und die Reform durchgeführt hat, die er nun als letzte Karte in seinem politischen Spiel dem französischen Volk vorlegt. Es wird vielleicht einige Mühe kosten, die Idee durchzusetzen: In Unternehmerkreisen begegnet man ihr ohne Optimismus, und ein Teil der Öffentlichkeit ebenso wie des Parlaments, das einmal mehr nicht konsultiert worden ist, fühlt sich vor den Kopf gestossen. Als Mann, der aus einer andern Epoche stammt und von dem man auch schon gesagt hat, er sei «das Übel und was es heilt», hat er zwar oft an den Franzosen, nie aber an sich selbst gezweifelt: Gerade darin liegt seine ungeheure Stärke. Wiederum steht er als Prophet und genialer Visionär da wie Goethes Faust und fordert uns zum letztenmal heraus mit seiner Idee: mit den Franzosen eine Revolution durchzuführen, um sie wieder zu versöhnen.